



DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß

Die Reise nach Jerusalem

Es ist zu hoffen, dass bis zur Veröffentlichung dieser Ausgabe der Chefesssel im Gesundheitsministerium besetzt ist, oder soll man sagen, besetzt werden konnte. Die offensichtlichen Schwierigkeiten, dieses Ministerium bei einem der Ampelpartner unterzubringen, zeigt die Dimension der Herausforderung in unserem Politikfeld. Ob wir uns die Ministeriumsvergabe so vorstellen müssen wie die berühmte Reise nach Jerusalem?

Wie auch immer. Wir freuen uns auf einen Neustart mit einer Ministerin oder einem Minister, die mit Begeisterung und Sachverstand die spannenden Aufgaben der Gesundheitspolitik in den Blick nimmt. Wir gratulieren aufrichtig zu diesem neuen Amt, weil es wie vielleicht kein zweites die Menschen sehr unmittelbar betrifft und bewegt. Viele Millionen engagierte Beschäftigte im deutschen Gesundheitswesen blicken in diesen Tagen hoffnungsvoll nach Berlin. Wir sehnen uns nach Aufbruch, Veränderung und den Dialog mit der Politik.

Die Herausforderung ist gewaltig, und sie ist durch den vorliegenden Koalitionsvertrag nur in Teilen beschrieben, keinesfalls aber mit fertigen Lösungen versehen worden. Wir lesen viele Absichtserklärungen, die so oder ähnlich auch in der Vergangenheit bereits formuliert wurden. Jetzt geht es um die Umsetzung. Es kommt jetzt darauf an, wie man es angeht.

Der Bund-Länder-Pakt zur Vorbereitung einer großen Krankenhausreform ist ohne Zweifel der richtige Ansatz, um durchgreifende Reformen bei verteilten Kompetenzen durchzusetzen. Dazu braucht man dann aber auch die zur Kompromissfindung notwendigen Instrumente. In der fast finalen Fassung des Koalitionsvertrags wollte die neue Bundesregierung die Länder noch mit Zuschüssen zur Investitionsfinanzierung für ihre bundesweiten Ideen begeistern. Diese bitter notwendige Aufbesserung der Investitionsfinanzierung scheint am Ende unterschiedlichen Deals zum Klimawandel oder auch vielleicht der Aktienrente zum Opfer gefallen zu sein. Nur zur Erinnerung: Eine geradezu lächerliche Erhöhung der Erbschaftssteuer würde ausreichen, um die Krankenhäuser nachhaltig zu finanzieren. Über eine Senkung des milliarden schweren Dienstwagenprivilegs will ich gar nicht nachdenken. Oder waren es tatsächlich die Ländervertreterinnen in der Ampelrunde selbst, denen bei so viel Verlockungen Angst und Bange wurde?

Wie auch immer, die Botschaft der Politik an die Krankenhäuser ist unmissverständlich: Ihr müsst weiterhin am Personal sparen, um aus den erwirtschafteten Eigenmitteln die notwendigen Investitionen zu refinanzieren. Kein guter Auftakt für eine Regierung, die mehr Zukunft wagen will. Wir sollten nicht zögern, auch öffentlich immer wieder zu betonen, dass die Politik uns zwingt, unsere Beschäftigten immer schwierigeren Arbeitsbedingungen auszusetzen. Die verbale Anerkennung für die Leistungen der Krankenhäuser in der aktuellen Pandemie klingen da wie Hohn.

Doch so schnell geben wir nicht auf. Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Wie seit vielen Jahren leben wir natürlich auch diesmal von der Hoffnung, etwa auf einen wirklichen Bürokratieabbau, oder dass eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung tatsächlich Realität wird. Gute Startbedingungen zur Ausweitung der ambulanten Leistungen an den Kliniken wären auch nicht schlecht. Und natürlich nicht zu vergessen die klare Botschaft an die Pflege, alles soll besser werden. Das wird es auch, wenn die Regierung das Vorhaben, die PPR 2.0 zügig einzuführen, auch tatsächlich umsetzt.

Wir werden die neue politische Leitung mit unseren eigenen Plänen tatkräftig unterstützen und freuen uns auf einen offenen und transparenten Dialog im Interesse der Patientinnen und Patienten und unserer Beschäftigten. Die volle Rückendeckung hat die neue Ministeriumsspitze auch, wenn es darum geht, mit dem Finanzminister doch noch über die Frage ins Gespräch zu kommen, ob ein einstelliger Milliardenbetrag zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen, die ja eigentlich immer noch in der Verantwortung der Länder liegen, nicht doch ein lohnenswertes Zukunftsprojekt wäre. Jenseits aller inhaltlichen Fragen muss es aber auch um einen neuen Politikstil gehen. Bitte keine überraschenden Gesetzentwürfe im Monatsrhythmus mehr, die sogar das eigene Ministerium ratlos zurücklassen, sondern ein offener und fairer Dialog, eng an den realen Problemen der Kliniken und ihrer Mitarbeiter. Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.